

Antrag der Geschäftsprüfungskommission\*  
vom 26. September 2002  
und der Justizkommission\*\* vom 2. Oktober 2002

KR-Nr. 225/2002

## **Beschluss des Kantonsrates über die Genehmigung des Geschäftsberichts des Regierungsrates für das Jahr 2001**

(vom .....)

*Der Kantonsrat,*

nach Einsichtnahme in den Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 26. September 2002 und der Justizkommission vom 2. Oktober 2002,

*beschliesst:*

I. Der Geschäftsbericht des Regierungsrates für das Jahr 2001 wird genehmigt.

II. Entgegen dem Antrag des Regierungsrates wird folgende Überweisung nicht abgeschrieben, und der Kantonsrat verlangt vom Regierungsrat die ordentliche Behandlung:

<b>Vorstoss</b>	<b>KR-Nr.</b>	<b>1. Unterzeichner/in</b>	<b>Titel</b>	<b>Dir</b>	<b>Seite</b>
Postulat	175/ 2000	Bolleter-Malcom Nancy, EVP, Seuzach	Kurse, die auf das Aufnahmeverfahren zur Ausbildung als Volksschullehrkraft an der Pädagogischen Hochschule vorbereiten	BI	220

\* Die Geschäftsprüfungskommission besteht aus folgenden Mitgliedern: Annelies Schneider-Schatz, Bäretswil (Präsidentin); Hartmuth Attenhofer, Zürich; Nancy Bolleter-Malcom, Seuzach; Max F. Clerici, Horgen; Hansjörg Fehr, Kloten; Severin Huber, Dielsdorf; Gustav Kessler, Dürnten; Ernst Knellwolf, Elgg; Markus Mendelin, Opfikon; Peter Weber, Wald; Heinrich Wuhmann, Dübendorf; Sekretärin: Madeleine Speerli.

\*\* Die Justizkommission besteht aus folgenden Mitgliedern: Gerhard Fischer, Bäretswil (Präsident); Rita Bernoulli, Dübendorf; Vinzenz Bütler, Wädenswil; Bernhard Egg, Elgg; Hans Egloff, Aesch bei Birmensdorf; Rosmarie Frehsner, Dietikon; Jacqueline Gübeli, Horgen; Kurt Krebs, Zürich; Jürg Leibundgut, Zürich; Gabriele Petri, Zürich; Armin Heinimann, Illnau-Effretikon; Sekretärin: Marion Wyss.

III. Veröffentlichung im Amtsblatt, Textteil.

IV. Mitteilung an den Regierungsrat.

---

### **Bericht**

1. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) und die Justizkommission (JUKO) sind zuständig für die Prüfung des Geschäftsberichtes des Regierungsrates. Über das Ergebnis ihrer Prüfungen orientieren sie den Kantonsrat in separaten Berichten (Vorlagen KR-Nr. 224/2002 und KR-Nr. 226/2002). Sie beantragen dem Kantonsrat, den Geschäftsbericht des Regierungsrates für das Jahr 2001 zu genehmigen.

2. Die GPK hat ferner die im Geschäftsbericht des Regierungsrates aufgeführten Abschreibungsanträge zu überwiesenen Vorstössen zu prüfen. Das Kantonsratsgesetz sieht diese ausserordentliche Form der Abschreibung vor. Sie ist jedoch nur dort angezeigt, wo parlamentarische Vorstösse zwischenzeitlich an Aktualität verloren haben oder bereits auf anderem Weg durch den Regierungsrat erfüllt worden sind und dem Abschreibungsantrag keine Opposition erwächst. In der Regel sollte ein Abschreibungsantrag jedoch auf dem ordentlichen Weg – das heisst mit separater Vorlage – gestellt werden. Wählt der Regierungsrat die ausserordentliche Form der Abschreibung via Geschäftsbericht, kann der Kantonsrat seine Zustimmung verweigern und stattdessen vom Regierungsrat die ordentliche Behandlung verlangen.

2.1 Entgegen dem Antrag des Regierungsrates beantragt die GPK, den unter Dispositiv Ziffer II aufgeführten Vorstoss nicht abzuschreiben, sondern gemäss § 24 Abs. 5 Kantonsratsgesetz die ordentliche Berichterstattung zu verlangen.

Mit dem Postulat forderte die Einreicherin die Schaffung von Kursen, die auf das Aufnahmeverfahren zur Ausbildung als Volksschullehrkraft an der Pädagogischen Hochschule vorbereiten. Zur Umsetzung des Postulates wurde zwar sowohl die Kantonale Mittelschule für Erwachsene (KME) als auch die Konferenz der Schulleitungen der Diplommittelschulen (DMS) mit der Durchführung solcher Kurse beauftragt. Hingegen verfügte die Bildungsdirektion auf Grund der Notlage der Staatsfinanzen die einmalige Durchführung von maximal zwei berufsbegleitenden Vorbereitungsklassen an der KME und von maximal zwei Vollzeit-Vorbereitungsklassen für DMS-Absolvierende. Auf Grund dieses Resultates erklärte sich die Vorstösserin mit der Abschreibung des Postulates im Geschäftsbericht nicht einverstanden.

Gemäss der bisherigen Praxis der GPK sind damit die Voraussetzungen für die Abschreibung des Vorstosses im Geschäftsbericht nicht erfüllt. Es kann nicht gesagt werden, dass dieser Vorstoss zwischenzeitlich an Aktualität verloren hätte oder dass dem Abschreibungsantrag keine Opposition erwachsen würde. Der Vorstoss wurde auch nicht im Sinne der Vorstösserin erfüllt. Unter diesen Umständen ist die Abschreibung im Geschäftsbericht nicht angezeigt. Diese soll mit einer separaten Vorlage beantragt werden.

Da die Frist für Berichterstattung und Antragstellung für dieses Postulat am 28. August 2002 ablief, hätte der Regierungsrat gemäss § 24 Abs. 2 in Verbindung mit § 24 Abs. 4 Kantonsratsgesetz ein Fristerstreckungsgesuch stellen müssen, was jedoch nicht geschah. Im Hinblick auf den weit fortgeschrittenen Verfahrensstand der Parlamentarischen Initiative KR-Nr. 59/2002 verzichtete die GPK jedoch darauf, auf ein Fristerstreckungsgesuch zu bestehen (siehe unten Ziffer 3).

2.2 Der guten Ordnung halber weist die GPK darauf hin, dass die folgenden im Geschäftsbericht des Regierungsrates aufgeführten unerledigten Überweisungen zwischenzeitlich zurückgezogen oder durch Kantonsratsbeschluss abgeschlossen bzw. erledigt worden sind (Stichtag 26. September 2002):

Vorstoss	KR-Nr.	1. Unterzeichner/in	Titel	Dir	Seite
Postulat	289/ 1995	Huggel- Neuenschwander Susanne, EVP, Hombrechtikon	Überprüfung und Aktualisierung des Betreibungswesens im Kanton Zürich	JI	65
Postulat	198/ 1998	Bernasconi- Aeppli Susanne, FDP, Zürich	Neuer Finanzausgleich in Analogie zum Bund (NFA)	JI	66
Postulat	242/ 1998	Mossdorf Martin, FDP, Bülach	Kantonalisierung von Schauspielhaus, Kunsthause und/oder Tonhalle Zürich	JI	66
Postulat	248/ 1998	Ziegler-Leuzinger Regula, SP, Winterthur	Aufarbeitung kantonaler Akten im Zusammenhang mit «Kinder der Land- strasse» und Erarbeitung einer umfas- senden wissenschaftlichen Studie	JI	66
Postulat	244/ 1999	Dollenmeier Stefan, EDU, Rüti	Schaffung eines Gesetzes für die DNA- Datenbank	JI	66
Motion	21/2001	Guyer Esther, Grüne, Zürich	Rekursmöglichkeiten der Gemeinden (§ 21 Verwaltungsrechtspflegegesetz)	JI	67
Postulat dringlich	299/ 2000	Bosshard Kurt, SVP, Uster	Verstärkung und Aufwertung des Grenzwachtkorps unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse des Kantons Zürich	DS	96

Vorstoss	KR-Nr.	I. Unterzeichner/in	Titel	Dir	Seite
Postulat	219/ 1998	Stocker- Rusterholz Ernst, SVP, Wädenswil	Signalisation und Markierung auf kom- munalen Strassen	DS	97
Postulat	220/ 1998	Stocker- Rusterholz Ernst, SVP, Wädenswil	Zuständigkeit der Gemeinden in Sachen Bewilligungen von Reklamen	DS	98
Postulat	38/1997	Attenhofer Hart- muth, SP, Zürich	Zentralörtliche Leistungen des Kantons Zürich und deren Abgeltung	FD	123
Motion	161/ 1998	Sintzel Kurt, Dr., CVP, Zollikon	Gesetzliche Regelung für Verzugs- zinsfolgen bei allen nicht rechtzeitig bezahlten öffentlichrechtlichen Forderungen im Kanton	FD	123
Motion	250/ 1997	Briner Lukas, Dr., FDP, Uster	Dualistisches System bei der Grund- stückgewinnsteuer	FD	124
Postulat	88/1999	Gerber Rüegg Julia, SP, Wädens- wil	Stellung des Kantons Zürich in einem neuen Finanzausgleich	FD	124
Postulat	89/1999	Krähenbühl Vilmar, SVP, Zürich	Steuergesetzliche Schlechterstellung der Seniorinnen und Senioren	FD	124
Volks- initiative	90/2000	Initiativkomitee	Volksinitiative «Für eine geringere Besteuerung der Seniorinnen und Senioren»	FD	124
Einzel- initiative	257/ 2000	Fraefel Rudolf, Grünigen	Abschaffung der Handänderungs- steuer bei gleichzeitiger Erhöhung der Grundstückgewinnsteuer	FD	125
Postulat	312/ 2000	Schellenberg Georg, SVP, Zell	Abschaffung der Handänderungs- steuer	FD	125
Postulat dringlich	47/2001	Briner Lukas, Dr., FDP, Uster	Realisierung von Eurogate	FD	128
Motion	294/ 1996	Schmid Hansjörg, SVP, Dinhard	Unterstellung der kantonalen Land- wirtschaftsbetriebe unter die Volks- wirtschaftsdirektion	VD	151
Postulat	399/ 1997	Attenhofer Hart- muth, SP, Zürich	Finanzierung des Öffentlichen Ver- kehrs (ZVV)	VD	151
Postulat	400/ 1997	Stirnemann Peter, SP, Zürich	Abbau der überproportionalen Belas- tung der Stadt Zürich durch den Regio- nalverkehr	VD	151
Postulat	401/ 1997	Jaun Dorothee, SP, Fällanden	Umfassende Planung und Projektierung des gesamten Schienenverkehrsnetzes (Stadtbahnnetz) im mittleren Glattal	VD	151

Vorstoss	KR-Nr.	I. Unterzeichner/in	Titel	Dir	Seite
Postulat	206/ 1998	Stirnemann Peter, SP, Zürich	Versuchsweise Einrichtung von Monitoren oder Spiegeln zur besseren optischen Abfahrtsüberwachung auf unübersichtlichen S-Bahnhöfen	VD	152
Postulat	413/ 1998	Attenhofer Hartmuth, SP, Zürich	Non-Stopp-Zugverbindung Zürich–Mailand	VD	152
Postulat	282/ 1999	Kugler Astrid, LdU, Zürich	Führung des TGV Zürich–Paris über Basel statt Bern	VD	152
Postulat	182/ 2000	Ziegler-Leuzinger Regula, SP, Winterthur	Bericht zu landseitigem Bahn-Shuttlebetrieb der Flughäfen Zürich und Basel-Mulhouse	VD	153
Postulat	333/ 1996	Ziegler-Leuzinger Regula, SP, Winterthur	Ethische Beratung im Gesundheitswesen	GD	187
Postulat	489/ 1998	Talib-Benz Ursula, Dr., Grüne, Pfäffikon	Verwendung von kostengünstigen Generika im USZ und den von der Kantonsapotheke belieferten Stellen	GD	187
Postulat	76/1998	Bolleter-Malcom Nancy, EVP, Seuzach	Versorgungsstrukturen zur Bekämpfung und Behandlung des Alkoholismus	GD	188
Leistungsmotion	43/2001	Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit	Hebammenschule Zürich	GD	191
Postulat	223/ 1995	Hegetschweiler Werner, Dr., FDP, Langnau am Albis	Finanzierung der Stütz- und Fördermassnahmen in der Volksschule	BI	221
Motion	86/1996	Moser-Cathrein Susi, SP, Urdorf	Einrichtung einer pädagogisch qualifizierten Aufsicht und Beratung für die Volksschule als Ersatz der Bezirksschulpflege	BI	221
Postulat	143/ 1996	Gerber-Weeber Doris, SP, Zürich	Teilautonome Schulen; Einbezug der Schüler und Schülerinnen in die Verantwortung	BI	221
Motion	35/1997	Aisslinger Peter, FDP, Zürich	Schaffung eines Bildungsgesetzes (Rahmengesetz) für das gesamte Bildungswesen im Kanton Zürich	BI	221
Postulat	251/ 1997	Schmid Hansjörg, SVP, Dinhard	Anpassung der Studiengebühren an allen öffentlichen Schulen, für die ein Schulgeld erhoben wird	BI	221
Motion	270/ 1996	Amstutz Hanspeter, EVP, Fehraltorf	Rechtlich verbindliche Regelung der Schulpsychologie im Kanton Zürich	BI	222

Vorstoss	KR-Nr.	1. Unterzeichner/in	Titel	Dir	Seite
Motion	229/ 1997	Dürr Luzius, CVP, Zürich	Entlastung von Lehrbetrieben	BI	222
Postulat	284/ 1997	Gerber Rüegg Julia, SP, Wädenswil	Aufhebung der Jahrgangsklassen an der Volksschule	BI	222
Postulat	192/ 1998	Mägli Ueli, Dr., SP, Zürich	Einrichtung eines Informatik-Grund- bildungsjahres an öffentlichen und privaten Bildungsinstituten oder Lehr- werkstätten	BI	222
Postulat	283/ 1997	Gerber Rüegg Julia, SP, Wädenswil	Transparenz der Eigentumsverhält- nisse an Privatschulen (Ergänzung des Unterrichtsgesetzes)	BI	223
Postulat	96/1998	Jucker Johann, SVP, Neerach	Änderung Gemeindegesetz/Gemeinde- ordnung über die Teilnahme von Leh- rerinnen und Lehrern an Schulpflege- sitzungen	BI	223
Postulat	124/ 1998	Bielmann Peter, CVP, Zürich	Sozialverträgliche Festsetzung der Ge- bühren für die Benutzung öffentlicher Sportinfrastrukturen	BI	223
Postulat	474/ 1998	Mägli Ueli, Dr., SP, Zürich	Kürzung der Bundessubventionen für die Berufsbildung	BI	223
Motion	312/ 1998	Bertschi Jean- Jacques, Dr., FDP, Wettswil a. A.	Änderung des Volksschulgesetzes: Bestimmungen über die Kindergärten	BI	224
Motion	67/1999	Kamm Silvia, Grüne, Bonstetten	Einführung von Blockzeiten an der Volksschule	BI	224
Motion	95/1999	Bachmann Oskar, SVP, Stäfa	Erlass eines neuen Rekursrechts für die Universität	BI	224
Postulat	2/2000	Gerber Rüegg Julia, SP, Wädenswil	Familien- und schulergänzende Be- treuung an der Zürcher Volksschule	BI	225
Postulat	156/ 2000	Kamm Silvia, Grüne, Bonstetten	Neues Konzept der schulzahnärzt- lichen Untersuchungen	BI	225
Leis- tungs- motion	22/2001	Kommission für Bildung und Kultur	Verbesserung des Betreuungsquotien- ten in den Geisteswissenschaften sowie in anderen Engpassfächern	BI	225
Leis- tungs- motion	23/2001	Kommission für Bildung und Kultur	Betreuungsquotient der Doppel- maturajahrgänge	BI	225

Vorstoss	KR-Nr.	I. Unterzeichner/in	Titel	Dir	Seite
Motion	314/ 1998	Bretscher Christian, FDP, Birmensdorf	Anschlussprogramme an die obligatorische Schulpflicht	BI	226
Postulat	306/ 1999	Amstutz Hanspeter, EVP, Fehraltorf	Förderung von Jugendlichen mit ungenügenden Deutschkenntnissen	BI	226
Einzelinitiative	328/ 2000	Hess Dzemaili Regula, Effretikon	Realisierung von Krippenplätzen	BI	227
Postulat	395/ 2000	Bapst-Herzog Regina, SP, Zürich	Regelung des Privatunterrichts im Volksschulgesetz	BI	228
Postulat	354/ 2000	Bertschi Jean-Jacques, Dr., FDP, Wettswil a. A.	Nennung der Elternpflichten im Volksschulgesetz	BI	
Postulat	197/ 1997	Stirnemann Peter, SP, Zürich	Bereitstellung von 24 Mio. Franken aus bestehenden Fondsmitteln für ein Beschleunigungsprogramm des öffentlichen Verkehrs auf Strassen ausserhalb der Städte Zürich und Winterthur für den Zeitraum 1998 bis 2003	BD	254
Motion	65/1998	Baumgartner Michel, FDP, Rafz	Gewerbliche Reklame- und Hinweistafeln	BD	254
Postulat	166/ 1998	Büsser-Beer Marie-Therese, Dr., Grüne, Rüti	Beschleunigungsprogramm für den öffentlichen Verkehr auf Strassen ausserhalb der Städte Zürich und Winterthur für den Zeitraum 1998 bis 2003	BD	255
Postulat	243/ 1998	Krähenbühl Vilmar, SVP, Zürich	Zusammensetzung der Sachverständigenkommission für den Natur- und Heimatschutz, die Denkmalpflege und die Archäologie	BD	255
Behördeninitiative	333/ 1999	Gemeinderat Eglisau	Bau der Umfahrung Eglisau	BD	255
Behördeninitiative	426/ 1999	Stadtrat Dietikon	Westumfahrung Dietikon	BD	255
Behördeninitiative	153/ 2000	Gemeinderat Embrach	Realisierung des Dettenbergtunnels und der Untertunnelung von Pfungen	BD	255
Postulat	143/ 2000	Krähenbühl Vilmar, SVP, Zürich	Definitive Projekte mit Kostenvoranschlägen für Bauvorhaben	BD	256

Vorstoss	KR-Nr.	1. Unterzeichner/in	Titel	Dir	Seite
Postulat	35/2001	Heiniger Thomas, Dr., FDP, Adliswil	Erlass eines Ausführungsgesetzes zum teilrevidierten BG über die Raumpla- nung	BD	256

3. Zum Dritten hat die GPK die Einhaltung der Behandlungsfristen der unerledigten Überweisungen durch den Regierungsrat zu überwachen. Wie bereits in früheren Jahren erwähnt, bestanden zwischen dem Regierungsrat und der GPK unterschiedliche Ansichten betreffend die Fristenwahrung, insbesondere auch bei Vorstössen, deren Abschreibung im Geschäftsbericht beantragt wurde. Das neue Kantonsratsgesetz, das seit dem 31. Mai 1999 in Kraft ist, enthält im Vergleich zum alten Gesetz weiter gehende Regelungen zum Fristenlauf und zum Fristerstreckungsverfahren. In der Praxis zeigte es sich jedoch, dass auch diese Regelungen nicht ganz zu befriedigen vermögen. Aus diesem Grund wurde am 11. Februar 2002 die von allen GPK-Mitgliedern unterzeichnete Parlamentarische Initiative KR-Nr. 59/2002 eingereicht, die die noch bestehenden Unklarheiten beheben soll. Der Vorstoss wurde am 29. April 2002 vom Kantonsrat vorläufig unterstützt und der Reformkommission zur Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen. Das Ergebnis ihrer ersten Beratung überwies die Reformkommission dem Regierungsrat zur Stellungnahme. Dieser begrüßte in seiner Antwort vom 17. Juli 2002 die vorgeschlagenen Änderungen ausdrücklich. Es kann demnach davon ausgegangen werden, dass die mit der Parlamentarischen Initiative beantragten Änderungen des Kantonsratsgesetzes vom Kantonsrat in absehbarer Zeit beschlossen werden.

Zürich, 26. September 2002

Im Namen der Geschäftsprüfungskommission

Die Präsidentin:

Annelies Schneider-Schatz

Die Sekretärin:

lic. iur. Madeleine Speerli

Zürich, 2. Oktober 2002

Im Namen der Justizkommission

Der Präsident:

Gerhard Fischer

Die Sekretärin:

lic. iur. Marion Wyss